

**Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen e.V.**

**(VdW Rheinland Westfalen)**

Symposium „Herausforderung: Prävention -

Strategien gegen Kinder- und Jugendkriminalität“

Gemeinsame Tagung von MGFFI NRW und Justizministerium NRW

am 12. und 13. Dezember 2007 in Düsseldorf

---

Praxiskommentar „Stadtgestaltung und Soziale Herkunft

- Zentrale Bedingung für Prävention?“ (13.12.2007, ab 9:00 Uhr)

Burghard Schneider,

Verbandsdirektor VdW Rheinland Westfalen

Anrede,

zunächst einmal einen herzlichen Dank für die Einladung zu diesem Symposium, das sich einem wichtigen und komplexen Thema widmet, und das erfreulicherweise sehr interdisziplinär ausgerichtet ist.

Von Frau Graebisch-Wagener und Herrn Wermker ist der Zusammenhang zwischen Stadtgestaltung, sozialer Herkunft und Prävention bereits mehr als deutlich gemacht worden. Ich möchte aus Sicht der wohnungswirtschaftlichen Praxis noch einige Aspekte ergänzen.

Nicht jedem von Ihnen ist der „Verband der Wohnungswirtschaft“, der VdW Rheinland Westfalen bekannt. Deshalb eine kurze Erläuterung, damit Sie wissen, für wen ich spreche.

Der VdW Rheinland Westfalen ist der größte wohnungswirtschaftliche Regionalverband in Deutschland und vertritt die Interessen von 460 Wohnungsunternehmen in NRW und zu einem geringen Teil im nördlichen und westlichen Rheinland-Pfalz.

In NRW bewirtschaften die Mitgliedsunternehmen rd. 1,3 Millionen Wohnungen, etwa ein Viertel des Mietwohnungsbestandes in NRW, in dem ein Viertel der nordrhein-westfälischen Bevölkerung wohnt und lebt.

Neben seiner Funktion als Dienstleister für seine Mitgliedsunternehmen mit einer breiten Leistungspalette wie der Beratung in rechtlichen, steuerlichen, betriebswirtschaftlichen, technischen sowie multimedialen Fragen koordiniert der Verband die Interessen der Wohnungswirtschaft, vertritt sie gegenüber der Politik und kommuniziert sie in die Öffentlichkeit.

Und als Kompetenzzentrum rund um das Wohnen und Leben der Menschen greift der Verband wichtige wohnungswirtschaftliche, wohnungs- und stadtentwicklungspolitische Themen auf, die eng mit den allgemeinen gesellschaftspolitischen Entwicklungen verwoben sind. Und dazu gehört auch der Zusammenhang von Wohnen und Kriminalität. Nicht zuletzt deshalb wurde ich auch für die Wohnungswirtschaft in den kürzlich konstituierten neuen Landespräventionsrat der Landesregierung berufen.

Anrede,

dass die Ursachen von Kinder- und Jugendkriminalität vielfältig und differenziert sind, ist ebenso unstrittig wie die Erkenntnis, dass die direkte Wohnsituation und das soziale Umfeld Wohlbefinden und Entwicklung der Menschen maßgeblich beeinflussen - positiv oder eben leider auch negativ.

Fakt ist, dass Kinder und Jugendliche, die in so genannten benachteiligten Stadtquartieren aufwachsen, dadurch klar benachteiligt sind. Trotz der negativen Ergebnisse, meine Damen und Herren: die erste PISA-Studie hat bewirkt, dass die Auswirkungen sozialräumlicher Segregation endlich im gesellschaftspolitischen Bewusstsein „angekommen“ sind.

Und die im Auftrag des World Vision Deutschland e. V., u. a. von dem renommierten Kinder- und Jugendforscher Professor Dr. Klaus Hurrelmann erarbeitete und kürzlich vorgestellte Untersuchung „Kinder in Deutschland 2007“ hat erneut bestätigt, wie nachhaltig die sozialen Unterschiede bereits in jungen Jahren wirken.

Was ist aus wohnungswirtschaftlicher Sicht zu tun?

Es geht darum, Negativ-Entwicklungen in Quartieren durch Frühwarnsysteme schon in der Entstehung zu erkennen, die Abwärtsspirale benachteiligter Stadtteile zu durchbrechen, den weiteren Niedergang zu stoppen, um auch den Menschen, die in diesen Quartieren wohnen, gleiche Möglichkeiten der Teilhabe zu bieten.

Das ist einfacher gesagt als getan, meine Damen und Herren. Denn ohne integrierte Entwicklungs- und Erneuerungskonzepte, ohne das Zusammenwirken der verschiedenen politischen und administrativen Ressorts auf Landesebene, ohne die Kooperation und Vernetzung der relevanten lokalen Akteure wird dies niemals wirklich gelingen.

In NRW hat dieser Handlungsansatz mit dem Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ im Jahr 1993 Eingang in die Politik gefunden, das 1999 zu einem Bund-Länder-Programm Soziale Stadt ausgeweitet worden ist. Allerdings reicht dieses Programm angesichts der demographischen Entwicklung mit den sich verschärfenden sozialräumlichen Folgen bei weitem nicht aus, um die Städte insgesamt so zu gestalten, dass die Stadtentwicklung per se präventiven Charakter hat.

Anrede,

unabhängig davon, engagieren sich die Wohnungsunternehmen seit Jahren massiv in der sozialen Stadt(teil)entwicklung.

Etliche Unternehmen beschäftigen Sozialarbeiter und -manager oder docken ihre Aktivitäten und Angebote eng an die von den Kommunen aufgebauten Quartiermanagementstrukturen an - immer mit dem Ziel, die endogenen Potenziale optimal zu nutzen, die Menschen zu sensibilisieren und zu mobilisieren und die Quartiere auf diesem Weg aufzuwerten und zu stabilisieren.

Gerade wegen der finanziellen, personellen und räumlichen Engpässe ist dabei die Nutzung von Synergien durch Kooperationen wichtig. Potenzielle Partner der Wohnungsunternehmen sind z. B. Kindertagesstätten, Schulen, Kirchen, Moscheevereine, der Einzelhandel, Sportvereine, Jugend- und Kulturzentren, Kleingartenvereine, Stadtbibliotheken, die Volkshochschulen, die Polizei, die Wohlfahrtsverbände und die städtischen Ämter - von der Wirtschaftsförderung bis zum Jugendamt.

Die Vielzahl und Vielfalt der Projekte und Initiativen, die sich speziell an Kinder und Jugendliche richten, ist groß. Einige Beispiele:

- Einbeziehung der späteren „Nutzer“ in die Planung und Gestaltung von Spiel- und Sportplätzen,
- Kinderfeste und Kinderferienprogramme,
- die Schaffung von Freizeitangeboten, z. B. betreut durch einen Verein, in dem sich Mieter ehrenamtlich engagieren können,
- die Förderung der Sprachkompetenz insbesondere der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund,
- weitere dezentrale Bildungs-, Kultur und Freizeitangebote, wie z. B. Koch- oder Computerkurse in Kooperation mit Familienbildungsstätten, Theaterprojekte in Zusammenarbeit mit Jugendzentren oder -in Zusammenarbeit mit den Schulen vor Ort- die Durchführung von Schülerwettbewerben mit dem Ziel, Quartierslogos und einen eigenen Internetauftritt zu konzipieren.

Weitere Angebote, die auf die Förderung der kreativen und sportlichen Betätigung der Kinder und Jugendlichen bzw. auf eine sinnvolle

Freizeitbeschäftigung abzielen und damit einem möglichen „Abdriften“ vorbeugen, sind z. B.:

- Kunstausstellungen mit Schülerexponaten im Quartier, Wandmalaktionen, Filmprojekte,
  - Sportturniere und Mitternachtsfußball,
  - Anti-Agressionstraining,
  - Pflanzaktionen, Blumenbeet- und Spielplatzpatenschaften
- oder
- die Einrichtung von Kinder- und Jugendtreffpunkten, die möglichst mit TV, Kicker, Billard und Kraftraum ausgestattet sind.

Eine Reihe von Mitgliedsunternehmen engagiert sich überdies arbeitsmarktpolitisch mit dem Ziel, „ihren“ Jugendlichen eine Perspektive zu schaffen, sie zu qualifizieren und gerade in den Übergangsphasen zwischen Schule und Beruf pädagogisch zu begleiten.

Dabei geht es um Bewerbungstrainings, die Vermittlung sozialer Schlüsselqualifikationen, um die Schaffung von sozialraumorientierten Praktikumsplätzen, also von Tätigkeiten direkt im Quartier, die im Idealfall in Festanstellungen als Hausmeister münden können.

Oder es geht um Ein-Euro-Jobs oder um den durch die „ARGE“ subventionierten Einsatz als „Quartierskümmerer“, der zusätzliche Dienstleistungen erbringt.

Die Jugendlichen bekommen so praktische Erfahrungen und die Gelegenheit, ihre Qualitäten unter Beweis zu stellen, sich zu empfehlen.

Und in Kooperation mit Beschäftigungsträgergesellschaften werden zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, etwa als Concierge, geschaffen. Mit diesem Ausbau der Serviceleistungen erhöht sich die Wohnqualität, die Zufriedenheit der Kunden und deren Identifikation mit dem Quartier. Die Reduzierung von Vandalismusschäden und der Fluktuation sind weitere positive Folgen.

Anrede,

die große Bandbreite der Aktivitäten macht eins deutlich: Die Wohnungswirtschaft ist in den Quartieren präsent, übernimmt soziale Verantwortung und erbringt enorme Leistungen, die seit einiger Zeit unter

dem Stichwort „Sozialrendite“ subsumiert werden. Ausgangslagen und Aktivitäten sind unterschiedlich. So sind die Handlungsspielräume der Unternehmen im Einzelfall u. a. davon abhängig, wie konzentriert die Bestände in den Quartieren liegen.

Gleichwohl, meine Damen und Herren, die Lösung komplexer sozialer Problemlagen ist keine originäre Aufgabe der Wohnungswirtschaft. Und sie wäre damit auch überfordert, wollte man sie dabei alleine lassen.

Deshalb: Ebenso wie eine erfolgreiche soziale Stadtentwicklungspolitik setzt eine förderliche Präventionsarbeit die räumliche, zeitliche und sektorale Integration eigentlich aller Politik- und Handlungsfelder voraus. Insoweit kann ich die im Einladungstext zu diesem Symposium herausgestellte „Notwendigkeit der nachhaltigen Zusammenarbeit unterschiedlichster Professionen“ nur unterstreichen. Die Wirksamkeit integrierter und kooperativer Programmansätze hat sich allenthalben bestätigt.

Integration und Kooperation nach innen, meine Damen und Herren, das bedeutet eine enge(re) Verzahnung baulich-technischer und sozialer Maßnahmen in den Wohnungsunternehmen. Nach außen gerichtet bedeutet dies den weiteren Ausbau strategischer Partnerschaften mit den Kommunen, z. B. bezogen auf eine sensible Belegungspolitik, die auf eine Vermeidung einseitiger Bewohner- und Sozialstrukturen abzielt.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt ist die städtebauliche Kriminalprävention, die eine Zusammenarbeit von Stadtplanung, Wohnungswirtschaft und lokalen Präventionsgremien voraussetzt.

Unabhängig davon, ob ganze Siedlungen neu geplant werden (was heute eher Seltenheitswert hat) oder kleine Aufwertungsmaßnahmen im Bestand anstehen: In architektonischer bzw. baulicher Hinsicht kann viel getan werden, um die Wohnqualität und -sicherheit zu erhöhen und zugleich die Gelegenheiten, sich delinquent zu verhalten, zu reduzieren.

Beispielhaft erwähnt seien neben der Gestaltung der inneren und äußeren Erschließung wie Tiefgaragen, Parkplätze und Zuwegungen:

- die Einsehbarkeit von Eingangsbereichen, Treppenaufgängen, Fahrstühlen und öffentlichen WCs,
- eine klare „Definition“ und Gliederung von privaten, halböffentlichen und öffentlichen Räumen,

- die Vermeidung unübersichtlicher Markierungen wie Zäune, Mauern und Hecken,  
und
- Fragen der „richtigen“ Beleuchtung.

Und dazu gehört auch: Um ein Signal zu setzen, sollten Vandalismus-schäden kurzfristig beseitigt werden. Notwendige Reparaturen sollten schnell erledigt und Verschmutzungen bald entfernt werden.

Anrede,

Es geht jedoch nicht allein darum, was in den Stadtteilen faktisch passiert - oft bedeutender ist, wie über sie gesprochen wird.

Denn die Soziale Stadt appelliert u. a. an die Solidarität innerhalb der Stadt(gesellschaft). Die Quartiere, über die wir sprechen, übernehmen wichtige ökonomische, soziale und kulturelle Integrationsleistungen und entlasten somit die Gesamtstadt. Diese Funktion darf politisch nicht verleugnet werden.

Im Gegenteil. Es muss akzeptiert werden, dass in diesen Gebieten strukturell bedingt oft längerfristig ein höherer Handlungsbedarf als in anderen „Quartieren“ besteht. Deshalb muss einer negativen Stigmatisierung dieser Quartiere entgegengewirkt werden. Denn „ist der Ruf erst ruiniert...“

Gerade das Bild, das „Fremde“ von einem Stadtteil haben, ist oft so manifestiert, dass Jahre vergehen, bis ein Wandel in den Köpfen erfolgt. Dies ist schlimm, zumal die „Adresse“ mehr ist als nur die Verbindung von Straßename und Hausnummer.

Anrede,

lassen Sie mich noch ganz kurz auf den Aspekt kinder- und jugendgerechter Stadtplanung und -entwicklung hinweisen.

Die stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse und Präferenzen der Kinder und Jugendlichen muss, allein wegen der demographischen Entwicklung und dem dadurch bedingten interkommunalen Konkurrenzkampf um Einwohner, eine zentrale Strategie zukunftsorientierter Stadtpolitik sein. Je nach Ausgangssituation sind unterschiedliche Instrumen-

te und Verfahren der Partizipation dazu geeignet. Beteiligung ist zwar immer mit Aufwand verbunden. Aber dieser Aufwand sollte als „Investition in die Zukunft“ verstanden und nicht gescheut werden.

So hat z. B. das LBS-Kinderbarometer, seit 10 Jahren vom Hertener ProKids-Institut erstellt und im Jahr 2005 erstmals auf das Wohnen der Kinder in NRW-Kommunen fokussiert, ergeben: Die Erwachsenenperspektive von Kinder- und Familienfreundlichkeit stimmt nur teilweise mit der Einschätzung der Kinder selbst überein. Umso mehr gilt: Man muss die Kinder und Jugendlichen selbst einbinden, z. B. wenn Spielplätze oder Jugendtreffs errichtet oder umgestaltet werden.

Niemand kennt ihre Bedürfnisse besser als sie selbst. Und die Wahrscheinlichkeit, dass sich von derlei Aktivitäten, die direkt aus dem Quartier „kommen“ und die sich auf die direkte Wohnumgebung beziehen, viele Kinder und Jugendliche angesprochen fühlen, ist groß.

Schließlich ist bekannt, dass gerade Kinder mit Migrationshintergrund mit kostenpflichtigen, konfessionellen oder an Vereinsstrukturen gebundene Angebote vielfach schlechter erreicht werden.

Anrede,

ich hoffe, ich habe in meinem Praxiskommentar deutlich machen können, wie groß die Herausforderungen sind und dass die Wohnungswirtschaft mehr, viel mehr tut als nur Wohnraum bereitzustellen und vielleicht hin und wieder Modernisierungsmaßnahmen durchzuführen.

Und um die Fragestellung dieser Gesprächsrunde zu beantworten: „Stadtgestaltung und Soziale Herkunft – zentrale Bedingung für Prävention?“ Ein eindeutiges und nachdrückliches „Ja“.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.